

Verfassungsgericht entscheidet über Bankenunion

Kontrollverlust

Sollen deutsche Sparer für italienische Pleitebanken zahlen? Die Antwort wird das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) am 30. Juli geben. Es geht um drei zentrale Punkte der europäischen Bankenunion, die die Bereiche Bankenaufsicht, Abwicklung bei Illiquidität und Einlagensicherung umfasst. Diese drei Komplexe stehen in enger Verbindung, da eine funktionsfähige Bankenaufsicht die Zahlungsfähigkeit der Kreditinstitute fördert. Kommt es dennoch zu Zahlungsproblemen einer Bank, kann ein geordneter Abwicklungsprozess Mittel von Eigentümern, Gläubigern mit über 100.000 Euro Einlagen sowie einem Bankenabwicklungsfonds heranziehen, die sonst eine externe Einlagensicherung oder der Steuerzahler zahlen müsste.



VON DIRK MEYER

»Die Bankenaufsicht wird unter dem Dach der EZB ihre Unabhängigkeit gefährden.«

Die Kläger monieren erstens den Machtverlust nationaler Behörden, die ihre Kompetenz an eine zentrale EU-Aufsicht übertragen mussten. Dies betrifft zur Zeit 118 Großbanken, die rund 85 Prozent der aggregierten Bilanzsumme aller Finanzhäuser des Euroraums abdecken. Die Bundesregierung argumentiert hier zu Recht mit der Systemrelevanz: Die Finanzverflechtungen können aus einem lokalen Bankenproblem ein Stabilitätsproblem der gesamten Eurozone machen. Sie unterschlägt allerdings, daß unzureichende Regulierungen hierfür verantwortlich sind. Laxe Kreditvergaberichtlinien und ein hoher Bestand eigener Staatsanleihen in den Bankbilanzen mediterraner

Länder sind die Zutaten einer zunächst nationalen Bankenkrise. Die Geldhäuser Italiens halten 48 Prozent aller Staatsschulden von Rom. Fiel diese im Wert, wären die Banken schnell überschuldet.

Zweitens würde die Bankenaufsicht unter dem Dach der Europäischen Zentralbank (EZB) ihre Unabhängigkeit gefährden. Laut EU-Vertrag ist sie vornehmlich der Geldwertstabilität und einer entsprechenden Geldpolitik verpflichtet. Beaufsichtigt sie jedoch zusätzlich Finanzhäuser, läge ein Interessenkonflikt vor. Sie könnte im Krisenfall geneigt sein, durch Niedrig-/Negativzinsen und spezielle Kreditnothilfen Banken zu Seite zu springen – zu Lasten eines stabilen Euros.

Schließlich beanstanden die Kläger die Konzeption des Abwicklungsfonds. Diesen finanzieren alle Finanzinstitute über eine Bankenabgabe. Auf den bis 2023 mit etwa 55 Milliarden Euro – im Krisenfall völlig unzureichend – gefüllten Gemeinschaftsfonds haben alle Mitgliedstaaten zu-

griff. Bei EU-weit etwa 820 Milliarden Euro ausfallgefährdeter Kredite liegt der Anteil im EU-Durchschnitt bei 3,4 Prozent. Diese Quote ist jedoch in Griechenland (45 Prozent), Zypern (28), Portugal (12) und Italien (10) erheblich höher. Aufgrund der nicht risikoadäquaten Beiträge zahlen zukünftig deutsche Sparkassen und Volksbanken die Ausfälle für die Banca Monte dei Paschi di Siena oder die Piraeus Bank. Dem sollte das BVerfG einen Riegel vorschieben.

Bargeld bleibt beliebt bei Geschäftsreisenden

Beim Bezahlen bespitzelt

Von Jörg Fischer

Vor 30 Jahren mußte die Stasi mit einer Viertelmillion Spitzel 16,5 Millionen DDR-Bürger überwachen. Ein „Geheimer“ war so für 65 Untertanen zuständig. Doch da die meisten kein Telefon hatten, Kameras fehlten und Bargeld alternativlos war, scheiterte eine Totalkontrolle. Heute ist fast jeder elektronisch vernetzt und über seine IP-Adresse auffindbar. Die EU-Verordnung 2015/758 verlangt lokalisierbare eSIM-Karten mit dem Computer in jedem Neuwagen und die „Smart Meter“-Pflicht erlaubt künftig eine persönliche Stromzuteilung – um die totale Energiewende zu erzwingen.

Nur beim Geld sind die meisten Deutschen eigen: „An der Ladenkasse ist die Barzahlung noch immer das schnellste und kostengünstigste Zahlungsmittel“, weiß Bundesbankvorstand Johannes Beermann. Drei von vier Zahlungen würden bar abgewickelt. Sprich: Bei Aldi, Edeka & Co. ist der Kunde, anders als bei Amazon, nicht gläsern. „Wahre Bargeldanhänger gibt es nach wie vor viele.

Sie meiden Bankkarten und andere Zahlungsmöglichkeiten, wo sie es nur können, und tragen bisweilen sogar noch dicke Stapel an Scheinen und von Münzen prall gefüllte Hosentaschen mit sich herum“, ätzte die FAZ. Und das schnelle „kontaktlose“ Bezahlen via Apple- oder Google Pay – und die damit verbundene Datenweitergabe – stoße nicht nur bei den Älteren auf besondere Skepsis.

Diese ist sogar bei besser verdienenden Geschäftsreisenden verbreitet, wie eine Umfrage des Deutschen Reiseverbandes (DRV) ergab. Die Hälfte bezahle unterwegs weiter in bar. Vier von zehn Dienstreisenden hätten wenig bis gar kein Vertrauen in die virtuellen Bezahlmöglichkeiten ihres Smartphones oder die Allgegenwärtigkeit der Kartenzahlung. Da hilft wohl nur Zwang à la EU-Zahlungsdienstrichtlinie PSD2: Ab September ist Online-Banking nur noch mit Zwei-Faktoren-Authentifizierung möglich: Neben der PIN wird der Fingerabdruck oder ein angemeldetes Smartphone verlangt.



Versandzentrum der DHL: Die Zahl der zu versendenden Pakete wächst rasant; Spitzenreiter sind mittlerweile Elektronikartikel

Deutscher Fiskus subventioniert China

Online-Handel: Wie asiatische Anbieter 19 Prozent Steuer und den Zoll sparen

RALPH MEESE

Zehntausende kleine graue Plastikrücken werden jeden Tag am Flughafen in Frankfurt am Main mit noch kleineren grünen Zetteln beklebt: „Von zollamtlicher Behandlung befreit“, versichert darauf die Deutsche Post. Und die Ware aus China, Malaysia oder Hongkong wird auf dem Weg zu ihrem Empfänger gebracht.

Der Online-Einkauf aus Fernost erfreut sich bei den Deutschen wachsender Beliebtheit. Erstmals habe im Online-Handel die Warengruppe Elektronik und Kommunikation den lange Jahre dominierenden Bereich der Bekleidung überholt, meldet die Welt. Im vergangenen Jahr haben private Kunden rund 330 Millionen Elektronikartikel bestellt, was ein Plus von 20 Prozent im Vergleich zum Vorjahr bedeutet. 70 Millionen Sendungen kommen aus China, weitere Millionen aus anderen asiatischen Ländern.

Asiatische Güter sind beliebt, weil sie bei zunehmender Qualität billig sind, bis zu einem Wert von 22 Euro nach der De-minimis-Regel nicht der Einfuhrumsatzsteuer von meist 19 Prozent unterliegen, bis zu 150 Euro auch zollfrei sind und meistens für den Käufer keine Portokosten anfallen. Viele kleine Händler umgehen so weitere Kosten. Ein 16-GB-USB-Stick kostet beispielsweise im Sofortkauf auf der Auktionsplattform Ebay lediglich etwas mehr als zwei Euro, im deutschen Einzelhandel dagegen mindestens das Doppelte. Auch der Kauf von Anschlusskabeln, Adaptern, Armbanduhren oder modischen Leggings kann sich so lohnen.

Das alles freut zwar den preisbewußten Kunden, ist aber ein Ärgernis für den Fiskus, den Einzelhandel und die Postunternehmen, speziell die DHL, die die aus dem Ausland eingehenden Sen-

dungen zu den vom Weltpostverein vorgegebenen Konditionen zustellen muß.

Alle EU-Staaten drängen auf Abhilfe, am liebsten auf europäischer Ebene. Denn auch Franzosen, Briten, Niederländer, Schweizer, Österreicher und Polen kaufen gern in den Online-Shops ausländischer Händler ein. In der Eidgenossenschaft werden täglich gut 120.000 Kleinwarensendungen aus dem Ausland zugestellt, davon 80.000 aus Asien. 2017 waren es noch 45.000.

Weltpostverein handelt neuen Vertrag aus

Der Weltpostverein, der die Gebühren und ihre Verrechnung für Postsendungen zwischen Ländern regelt, hat für Staaten wie China, das als Entwicklungsland gilt, besonders niedrige Portosätze festgelegt. Derzeit handeln die 192 Mitgliedsländer der Organisation eine neue Gebührenordnung im Weltpostvertrag aus. Die Industrienationen wollen künftig keine Lieferungen aus China mehr subventionieren. Bereits 2018 trat der „Integrated Product Plan“ in Kraft, nach dem Dokumentensendungen von Warensendungen getrennt werden, damit letztere nicht mehr als Brief gewertet werden können und in eine höhere Poststufe fallen. Die neu geschaffene Preisgruppe „E“ gilt seither für Warensendungen bis zwei Kilo. Daß sich damit Warensendungen aus Asien verteuern oder gar – wie ursprünglich geschätzt – preislich verdoppeln, ist in der Praxis nicht erkennbar, wohl auch weil viele asiatische Händler weiterhin Kleinstpakete widerrechtlich als Briefe deklarieren und die Weltpost die gerichtliche Auseinandersetzung scheut.

Brüssel dagegen will den Freibetrag für Warensendungen bis 22 Euro ersatzlos streichen. Überdies sollen Marktplatzbetreiber wie Amazon ab 2021 dazu verpflichtet werden, die Umsatzsteuer von Händlern abzuführen, die Waren

aus dem Ausland in die EU liefern. In der Schweiz wurde der Bundesrat Ende März vom Nationalrat verpflichtet, „Maßnahmen zu treffen, um ausländische Online-Marktplätze und Dienstleistungs-Plattformen bei Lieferungen oder Dienstleistungen in die Schweiz der Mehrwertsteuer zu unterstellen“.

Bereits zu Jahresbeginn waren auf Antrag von Ständerat Beat Vonlanthen (CVP) die Regeln für den Online-Handel bei Verkäufen aus dem Ausland in die Schweiz verschärft worden. Ausländische Online-Shops sollten künftig bei Kleinsendungen mehrwertsteuerpflichtig sein, wenn sie einen jährlichen Umsatz von mehr als 100.000 Franken machen. Die bisher geltende Freigrenze von 65 oder 200 Franken pro Kleinendung wurde aufgehoben.

Aber die asiatischen Händler haben neue Schlupflöcher gefunden und die Online-Plattformen wehren sich. Alibaba, Aliexpress und Wish fühlen sich im eigenen Verständnis lediglich als Vermittler zwischen Käufer und Verkäufer und weigern sich, dafür einzustehen, daß ausländische Händler Mehrwertsteuer zahlen, auch wenn sie für diese die Logistikaufgaben übernehmen. Überdies kaufen viele Kunden inzwischen in den 71 chinesischen Onlineshops direkt ein, ohne Amazon oder Ebay.

„Es ist unmöglich, alle Marktplätze zu überwachen“

Nach Recherchen des österreichischen Handelsverbandes liegen 97 Prozent aller Pakete aus China in die EU unter der 22-Euro-Grenze. Überdies haben Testbestellungen des Verbandes Mehrwertsteuerbetrug, Produktfälschungen und Sicherheitsrisiken bei den Drittstaaten-Plattformen aufgedeckt.

Von einem Katz-und-Maus-Spiel spricht Oliver Prothmann, Präsident des Bundesverbandes Onlinehandel (BVOH). In Deutschland gebe es neben

Amazon und Ebay 80 solcher Marktplätze. Es sei unmöglich, alle zu überwachen: „Sie können einen anderen Marktplatz benutzen, wo deutsche Behörden keinen Zutritt haben.“ Der Spiegel faßte vor einiger Zeit zusammen: „Falsche Angaben über den Inhalt, fehlende Steuernummern, falsche Rechnungen: Der Steuerbetrug im Online-Handel kostet den Fiskus Hunderte Millionen Euro.“

Ausgeklügelt ist auch das Vorgehen der chinesischen Online-Anbieters Gearbest. Dieser sendet Waren von Shenzhen an ein scheinbar nicht verbundenes Unternehmen in Großbritannien, berichtet Michael Tervooren, Zollexperte der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC: „Bei einem B2B-Geschäft (Anm. d. R.: von Unternehmen zu Unternehmen) dürfen nichtverbundene Vertragspartner einen Preis frei wählen und der liegt dann in der Regel unter der Grenze von 22 Euro.“ Dazu komme, daß die Prüfdichte des britischen Zolls nicht dem deutschen Standard entspreche. Die Ware ist nun innerhalb der EU und wird zollfrei verschickt.

Die Marktverzerrungen und Verbraucherschutzverstöße würden den asiatischen Online-Händlern einen massiven Wettbewerbsvorteil verschaffen, kritisiert der österreichische Handelsverband und fordert konkrete Maßnahmen: eine Umsetzung der digitalen Verzollung und Versicherung ab dem ersten Cent schon ab 1. Januar 2020 und damit die Streichung der 22-Euro-Freigrenze. Schweden habe vorgemacht, daß diese Umstellung innerhalb eines Vierteljahres möglich sei.

Den „sprichwörtlichen Spieß umdrehen“ will BVOH-Präsident Prothmann und den europäischen Online-Händlern mit der Plattform Panda.Black ein „Sprungbrett in den Fernen Osten bieten“. Schier grenzenlos seien in China die Chancen. Wer auf dem größten Markt der Welt nicht Fuß fassen kann, werde es in Zukunft schwer haben.

Ihr Bestellschein

JF-Buchdienst · Hohenzollerndamm 27a · 10713 Berlin
Fax: 030 - 86 49 53 - 40 · Bestelltelefon: 030 - 86 49 53 - 25

Hiermit bestelle ich zur sofortigen Lieferung folgende Titel:
Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen!

Expl.	Bestell-Nr.	Autor/Kurztitel	Euro

abschicken, faxen oder gehen Sie online: www.jf-buchdienst.de

Bestelladresse: Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen! Kundennummer (falls zur Hand):

Vorname/Name: _____

Straße/Nr. (kein Postfach): _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____ E-Mail: _____

Datum/Unterschrift: _____

Datenschutzhinweis: Ja, ich bin einverstanden, daß mir schriftlich, per E-Mail oder telefonisch weitere interessante Angebote der JUNGE FREIHEIT Verlag GmbH & Co. KG unterbreitet werden und daß die von mir angegebenen Daten für Beratung, Werbung und zum Zweck der Marktforschung durch den Verlag gespeichert und genutzt werden.

Vertrauensgarantie: Eine Weitergabe meiner Daten an andere Unternehmen erfolgt nicht. Meine Einwilligung kann ich jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen. Weitere Informationen zum Datenschutz finde ich unter jfd.de/datenschutz

Versand: Deutschland: Versandkostenfrei bei Bestellungen ab EUR 50,-. Darunter beträgt der Versandkostenanteil EUR 3,90. Auslandslieferung nur gegen Vorkasse! EU: EUR 12,-. Übriges Europa EUR 14,-. Welt: EUR 18,-. Bücher sind vom Umtausch ausgeschlossen!

JF BUCHDIENST

gehen Sie online:
jf-buchdienst.de

Thomas Jäger

Das Ende des amerikanischen Zeitalters

Deutschland und die neue Weltordnung
Mit Donald Trump endete die Nachkriegsordnung. Und der Westen steckt in einer paradoxen Lage. Die USA weisen Führung von sich, wollen aber für die europäische Entwicklung bestimmend bleiben. Die EU sucht nach mehr Eigenständigkeit, bleibt jedoch auf die USA angewiesen.
192 S., geb.



Best.-Nr.: 94283

EUR 12,00

Dominik Enste

Geld für alle
Das bedingungslose Grundeinkommen eine kritische Bilanz
Das bedingungslose Grundeinkommen soll die Probleme des Sozialstaats lösen. Zugleich gilt es als beste Antwort auf den Arbeitsplatzverlust, der durch die Digitalisierung und die rasante Entwicklung der Künstlichen Intelligenz droht. Doch es weist auch Schwächen auf.
112 S., Pb.



Best.-Nr.: 94284

EUR 10,00

Markus Krall

Wenn schwarze Schwäne Junge kriegen

Warum wir unsere Gesellschaft neu organisieren müssen
Risikovermeidung gilt als Patentrezept: Zentralbanken ertränken die Gefahren unseres Wirtschaft- und Bankensystems mit Unmengen an Geld, und auch die Politik versucht, gesellschaftliche Mißstände unter den Tisch zu kehren. Ohne Risiko gibt es jedoch keinen Fortschritt.
336 S., geb.



Best.-Nr.: 94081

EUR 17,99

Timo Baudzus

Unsere fetten Jahre sind vorbei

Wie Politiker, Banker und Manager den Wohlstand Deutschlands verspielen
Noch geht es uns wirtschaftlich gut, aber die Gefühlslage in unserem Land ist bedrückend. Fast 90 Prozent aller Deutschen fürchten, daß wir auf einen riesigen Abgrund zulaufen. Aufgrund massiver politischer, ökonomischer und sozialer Fehlentwicklungen ist die Angst berechtigt.
272 S., geb.



Best.-Nr.: 94223

EUR 19,99

Daniel Goffart

Das Ende der Mittelschicht

Abschied von einem deutschen Erfolgsmodell
Die Mittelschicht muss Abschied nehmen von der Welt, wie wir sie kennen. Die Revolution 4.0 wird zum digitalen Vernichtungsfeldzug auf dem Arbeitsmarkt. Hunderte Berufe verschwinden, und niemand weiß, wie unsere sozialen Sicherungssysteme überleben sollen.
400 S., geb.



Best.-Nr.: 94239

EUR 18,99

Ronald Stöffler, Rahim Taghizadegan, Gregor Hochreiter

Die Nullzinsfalle

Wie die Wirtschaft zombifiziert und die Gesellschaft gespalten wird
Sehenden Auges sind die Zentralbanken in ihrem Kampf gegen die Folgen der großen Finanzkrise und der Schuldenkrise in die Falle getappt: die Nullzinsfalle. Derzeit versuchen die Zentralbanken verzweifelt, aus dieser Falle zu entkommen, doch es wird ihnen nicht gelingen.
272 S., geb.



Best.-Nr.: 94238

EUR 16,99

Florian Homm Der Crash ist da

Was Sie jetzt tun müssen! Anlagen, Immobilien, Ersparnisse, Arbeit



Der Abschwung an den Aktienmärkten war nur ein Vorgeschmack auf das, was uns bevorsteht. Der Börsenkollaps und die nächste Wirtschaftskrise werden länger anhalten und mehr Vermögen vernichten als andere Zusammenbrüche seit 90 Jahren. Informieren Sie sich, bevor es zu spät ist!
300 S., geb.

Best.-Nr.: 94141

EUR 18,99

Abbildungen können vom Original abweichen!